

«Die Wähler ernst nehmen»

SP-Reformkräfte spüren den Frühling

Mit einem «Gurtenmanifest für eine neue und fortschrittliche SP-Politik» möchten vier Berner Sozialdemokraten die SP und ihre Mitglieder zu einer «konstruktiven Debatte» herausfordern und den bürgerlichen Parteien signalisieren, dass sie künftig mit einer «differenziert und fortschrittlich politisierenden Kraft» rechnen müssen.

se. An Parteitag werden sie ausgepiffen, die reformistischen Kräfte innerhalb der SP. Gemäss 1.-Mai-Plakaten sind sie üble Reaktionäre («Wer hat uns verraten? Die Sozialdemokraten!»). Nach dem unfreiwilligen Abgang von Ursula Koch galten sie als der Königin eigentliche Mörder. Und Verantwortungsträgern in Politik und Verwaltung wird neuerdings aus den eigenen Reihen offen der Parteiaustritt nahegelegt («Neoliberale»). Solches schien sie zu beeindrucken, die zur politischen Mitte hin orientierten Sozialdemokraten; nach der zermürbenden Palastrevolution im letzten Jahr wurde es still um sie. Das Präsidium überliess man kampfflos einer Gewerkschafterin (wenn auch einer rundum beliebten). Entsprechend wurde der Wechsel an der SP-Spitze von der Öffentlichkeit auch als Linksrutsch gedeutet.

Das «Gurtenmanifest»

Doch nun scheinen die Reformer den Frühling zu spüren: In jüngster Zeit mehren sich Positionspapiere, die eine Neuorientierung der SP-Politik hin zur politischen Mitte verlangen. So hat unlängst der Berner Nationalrat Rudolf Strahm seine Fraktion mit einem ausführlichen Positionspapier konfrontiert, in welchem er auf organisatorische Mängel hinweist und den ideologischen Stillstand der Partei kritisiert. Am Donnerstag wurde nun dem Berner Hausberg Gurten die Ehre zuteil, als Namensgeber für ein neues, sozialdemokratisches «Manifest» zu dienen, welches – ganz im Gegensatz zum nostalgisch anmutenden Namen – eine «neue und fortschrittliche SP-Politik» postuliert. Die unüblich kurz und prägnant formulierten Forderungen dürften parteiintern provozieren, was gemäss den Verfassern durchaus erwünscht ist.

Hinter dem «Gurtenmanifest» stehen vier Autoren, die sich – wie es die Berner Nationalrätin *Simonetta Sommaruga* ausdrückte – zwecks Erweiterung des Horizonts zum Gedankenaustausch jeweils hoch über den Dächern der Bundesstadt zusammenfanden. Neben *Sommaruga* sind dies der Berner Politologieprofessor *Wolf*

Linder, der Historiker *Tobias Kaestli* und der Könizer Gemeindepräsident *Henri Huber*. Das Resultat des Austauschs ist ein Zehnpunkteprogramm, dessen Umsetzung es der SP künftig erlauben soll, ihr Wählerpotenzial besser auszuschöpfen.

Weniger «Klientelpolitik»

Einleitend wird im Positionspapier festgehalten, dass die SP keine Arbeiterpartei mehr sei, sondern eine Volkspartei mit Wählern aus allen Schichten und Einkommensklassen. Diese Wähler müssten ernst genommen werden, weshalb künftig auf die «kurzatmige Klientelpolitik» zugunsten bewegter Einzelgruppen zu verzichten sei, ebenso auf die simplifizierende und populistische Polemik (etwa gegen den «Neoliberalismus»). Die SP habe in der Vergangenheit zu leichtfertig nach dem Staat gerufen und zu wenig beachtet, dass staatliche Tätigkeit eine Dynamik entwickeln könne, die sich vielfach mehr am Erhalt von Eigeninteressen als an Lösungen für die Allgemeinheit orientiere. Gemäss den Autoren soll die SP künftig für einen effizienten Staat eintreten, für die Begrenzung der Steuerbelastung und für den Abbau der Staatsschulden. Dies sei über ein «gutes Zusammenspiel zwischen Markt und Staat» zu erwirken.

Mehr Eigenverantwortung

Im Zehnpunkteprogramm werden weitere sachpolitische Fragen aufgegriffen. So sei in der Sozialpolitik nicht der Versorgungsstaat anzustreben, denn dieser lähme jegliche Eigenverantwortung. Die SP müsse politisch vielmehr auf ein Gleichgewicht von Rechten und Pflichten des mündigen, selbstverantwortlichen Menschen hinwirken. In der Gesundheitspolitik stellen sich die Autoren Anreize für einen vernünftigen Gebrauch von Versicherungsleistungen vor, der auch die Leistungserbringer in die ökonomische Verantwortung einbezieht. Weil die SP zu marktskeptisch sei, konzentriere sie sich zudem immer noch zu sehr auf die Erhöhung von Löhnen und Ren-

ten, vernachlässige dagegen die Interessen der Konsumenten an tiefen Preisen und Tarifen. Ein klares Ja sagen die Autoren zur Konkordanz (Bündnispartner suchen), zur Globalisierung (die auch als Chance für die Dritte Welt wahrgenommen werden könne) sowie zu einem *Service au Public*: Es dürfe nicht länger unbezogen der Erhalt staatlicher Betriebe gefordert werden, vielmehr müsse man vermehrt regulierten Wettbewerb zulassen, wo dies «möglich und sinnvoll» sei.

Die Partei habe es schliesslich auch verpasst, eine eigenständige Einwanderungspolitik zu definieren. Die Autoren – und dies dürfte parteiintern definitiv als Tabubruch sanktioniert werden – plä-

dieren für eine Begrenzung der Zuwanderung (aus Ländern ausserhalb des EU-Raums), bei gleichzeitiger Intensivierung der Bemühungen um die soziale Integration der Zugelassenen; nur so liessen sich längerfristige Landesinteressen mit sozialer Verantwortung verbinden. – Bei der Präsentation des Manifests war auch Parteipräsidentin *Christiane Brunner* zugegen. Sie begrüsst die konstruktiven Bemühungen ihrer Berner Genossen, liess aber keinen Zweifel daran aufkommen, dass sie mit den Kernforderungen der Reformer keineswegs übereinstimme.